

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/19

Bonn, den 28. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Steuergelder auf der Milchstraße ? 69

Förderung von Wissenschaft und Forschung
bleibt eine dringende Aufgabe

Von Gerhard Flämig, MdB

3 "Eine ganz schöne Latte ..." 47

"Verlagschef" Brenner muß zahlen

4 - 5 Caullisten-Fraktion im Europäischen Parlament 65

Schwager des französischen Staatspräsidenten wurde Fraktionschef

Von Egon Heinrich, Bonn

5 Westhandel mit der Zone

vor der Beratenden Versammlung des Europa-Rates

"Schwächung des innerdeutschen Interzonenhandels"

6 Ein-Partei-Regime auch in Zaria - früher Nordrhodesien ? 48

Scheinbar unaufhaltsame Entwicklung

Von Dr. Horst Heidermann, z.Z. Lusaka

* *

28. Januar 1965

Steuergelder auf der Milchstraße ?

Förderung von Wissenschaft und Forschung bleibt eine dringende Aufgabe

Von Gerhard Flämig, MdB

Der Januar ist fast vorbei - und es gibt immer noch keinen Bundesetat für 1965. Die vielen mehr oder minder erfreulichen Wahlgeschenke wollen finanziert sein. Da ein Ingangsetzen der Gelddruckmaschinen nicht infrage kommt und Steuererhöhungen im Wahljahre erst recht nicht, bleibt nichts anderes übrig, als dort zu kürzen, wo sich am wenigsten Geschrei erhebt. Das ist beim Wehretat der Fall, dessen runde zwanzig Milliarden DM ohnehin keiner mehr recht überblicken kann. Auch im Verkehrsetat will die Regierungskoalition 700 Millionen DM streichen. Trotz des zunehmenden Verkehrschaos auf unseren Straßen wird man also kürzer treten mit dem Bau von Straßen, Brücken, Überführungen - von Bahnhöfen und anderen nicht unbedingt lebenswichtigen Einrichtungen der Bundesbahn ganz zu schweigen.

Lassen wir die Frage, ob diese Art Finanzpolitik (es geringsten Widerstandes und der Wahlgeschenke richtig und vernünftig ist, ganz beiseite. Beschäftigen wir uns heute einmal mit dem Einwand, der Etat des Wissenschaftsministeriums sei für 1965 auf eine runde Milliarde und damit um 135 Millionen DM höher gestiegen als im Vorjahre. Fast 400 Millionen DM wolle der Bund ausgeben für die Atomforschung und nahezu 150 Millionen DM für die Weltraumforschung:

*Früher hat man das Geld auf die Straße geworfen, heute
*wirft man es auf die Milchstraße.

ist ein Wort, das jetzt im Bundestag die Runde macht.

Es stimmt, die Bundesrepublik hat die ernsthafteste Absicht, im Jahre 1965 endlich mehr auszugeben für die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Doch der zitierte Einwand geht von einem Denkfehler aus. Er sieht nur, was im Augenblick nützt, aber erdenkt nicht an die Zukunft. Was Wissenschaft und Forschung heute erarbeiten, kommt nämlich in fünf oder zehn Jahren der gesamten Wirtschaft und damit uns allen zugute.

Lange genug hat die Bundesregierung diese Binsenweisheit außer acht gelassen. Im Gegensatz zu Frankreich, England, Japan - von den

USA und der Sowjetunion ganz zu schweigen - waren die Etatmittel der Bundesrepublik für Forschung und Wissenschaft in den letzten Jahren viel zu gering. Man steckte die Steuergelder in andere Projekte und war bedacht, sie möglichst werbewirksam zu verwenden, das heißt, möglichst viele jener Vorzimmer-Interessenten zu befriedigen, die man in allen Parlamenten antrifft und die man in den USA "Lobbyisten" nennt. Erst als der deutsche Wissenschaftsrat alarmierende Zahlen über den deutschen Bildungs- und Forschungsrückstand veröffentlichte und deutsche Wissenschaftler massenweise in andere Länder abwanderten, wo mehr Geld für ihre Zwecke zur Verfügung stellt, erst dann wachte man in Bonn auf.

Was viele Leute nicht bedenken, ist dies: um beispielsweise einen Satelliten in die Höhe zu schicken, bedarf es der Lösung zahlreicher kompliziertester technischer Probleme. Hitzebeständige Werkstoffe, neuartige Treibstoffe, komplizierte Steuer-, Regel-, Messe und Datenverarbeitungsmaschinen auf kleinstem Raum müssen entwickelt und erprobt werden. Eine Röhre zum Beispiel war 1935 etwa 10 cm hoch, 1945 schon nur noch vier, 1955 hatte man - um die gleiche Leistung zu erzielen - Transistoren entwickelt von der Größe eines Daumennagels. Heute schafft man dieselbe Leistung mit Transistoren von der Größe eines Stecknadelkopfes. Neuartige Werkstoffe, hitze- und kälteisolierende Materialien, ja, selbst Elektronengehirne und andere, aus modernen Betrieben nicht mehr wegzudenkende Apparate wären nicht so rasch erfunden und entwickelt worden, wenn die Weltraum- und Atomforscher nicht danach gerufen hätten und - auch das darf man nicht vergessen - wenn nicht Milliardenbeträge der Steuerzahler uneigennützig und ohne Profit für solche Forschungszwecke zur Verfügung gestanden hätten!

Eine moderne Industrienation wie die deutsche kann es sich einfach nicht leisten, die rasche technische Entwicklung den anderen zu überlassen. Dabeisein ist schon viel. Ab und zu den anderen eine Nase Länge voraus sein, wäre der Idealfall für die Wirtschaft, vor allem für die Exportindustrie, von der wir nicht zuletzt leben.

Darum gilt heute die Regel: Jede Mark, die für Forschung und Wissenschaft ausgegeben wird. - auch jede Mark für die Heranbildung des Nachwuchses für Forschung und Wissenschaft - ist gut verwandt. Und was das Wichtigste ist: mindestens 60 Pfennig davon kommen unmittelbar der Allgemeinheit als Folge von "Nebenerfindungen" direkt wieder zugute. Vom Rest werden unsere Kinder und Enkel profitieren.

"Eine ganz schöne Latte ..."

"Verlagschef" Brenner muß zahlen

R. H. - Berlin

Franz Josef Straußens selbst erkannter Filialleiter in Berlin muß zahlen. Die 4. Zivilkammer des West-Berliner Landgerichts setzte gegen Lothar Brenner, Chef des "Echo"-Verlages, eine Geldstrafe von 20.000 DM und eine Sicherheitsleistung von 5.000 DM fest. Der von Willy Brandt beantragte Straßensetzungsbeschuß erfolgte wegen Zuwiderhandlung gegen Urteile des Landgerichts vom 19. Juni 1958 und des Kammergerichts vom 22. Mai 1959, durch die diesem Verlag die Verbreitung von bestimmten Behauptungen über den Regierenden Bürgermeister verboten war.

Brenner, "Chefredakteur" der beiden in Berlin erscheinenden Blättern "Wochen-Echo" und "7-Jhr-Blatt", hatte gegen diese Verbote verstoßen, als er unter dem Titel "Hier drückt uns der Schuh, Herr Regierender" verleumderische Behauptungen über die Zeit der Emigration Willy Brandts wiederholt hatte.

Lothar Brenner, über den Strauß in einer seiner letzten "Stern"-Kolumnen schützend die Hand ausbreitete, rühmt sich seiner guten Beziehungen zu Finanzkräftigen Kreisen aus dem bayerischen Raum. Er ist eine der merkwürdigsten Figuren aus dem Kreise einer kleinen rechtsradikalen Clique im freien Teil Berlins. Normalerweise würde man seine Ergüsse, die er allwöchentlich absondert, nicht ernst nehmen. In den letzten Monaten fragt man sich in Berlin allerdings immer häufiger, ob Brenner nicht das Werkzeug bisher noch ungenannter Hinternänner ist.

Sieht man sich die Geschichte des 38-jährigen "Verlagsdirektors" und "Chefredakteurs" an, so kann man sich ungefähr vorstellen, was' Geistes Kind er ist. Nach dem Kriege war Brenner zunächst als Wachmann und Kellerer bei einer amerikanischen Dienststelle in Süddeutschland tätig. Hier kam er zum ersten Mal mit den Gesetzen in Konflikt. Zwei Strafverfahren wegen Diebstahls und Betruges führten in Westdeutschland zu keiner Verurteilung, da der Angeklagte inzwischen in die sowjetisch besetzte Zone übergesiedelt war. Anfang der fünfziger Jahre betätigte sich Brenner im Ost-Berliner Bezirk Pankow als Lehrer. Den Berichten ehemaliger Schüler zufolge, war er dort ein eifriger Parteigänger Ulbrichts. Er stand im Verdacht, auch mit dem SED Kontakt zu haben. Jedenfalls mußte gegen ihn nach seiner Rückkehr in den Westen ein Ermittlungsverfahren wegen Verstosses gegen das Freiheitsschutzgesetz eingeleitet werden. In West-Berlin tauchte Brenner im Herbst 1956 wieder auf, nachdem er nach eigenen Angaben wegen Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses als Lehrer im Osten eine Gefängnisstrafe verbüßt hatte. Natürlich wurde er nicht als politischer Flüchtling anerkannt.

Auch bei Brenners jetziger Tätigkeit liegt viel im Dunkeln. Die beiden im "Echo"-Verlag erscheinenden Blätter arbeiten seit langer mit erheblichem Verlust; t r o t z d e m konnte Brenner den Konkurs verhindern. Arbeitsgerichtsprozesse, von ehemaligen Mitarbeitern angestrengt, häufen sich; t r o t z d e m verfügt Brenner über beträchtliche Geldmittel. Doch Hilfestellung erreicht ihn nicht nur aus dem bayerischen Raum: Unter einem Dach, friedlich vereint mit Brenners Druckerzeugnissen, rattern die Maschinen für Ulbrichts "Wahrheit", dem West-Berliner SED-Organ. - Wie man sieht, eine ganz schöne Latte.

Gaullisten-Fraktion im Europäischen Parlament

Schwager des französischen Staatschef wurde Fraktionschef

Von Egon Heinrich, Bonn

Im Europäischen Parlament zu Straßburg gibt es seit der vergangenen Woche eine gaullistische Fraktion. Sie hat sich den wohlklingenden Namen "Europäische Demokratische Union" (Union Démocratique Européenne - UDE) gegeben, unter dem sie bereits bisher ein fraktionsloses Dasein führte. Fraktionsvorsitzender der 15 gaullistischen Parlamentarier wurde General de Gaulles Schwager Jacques Vendroux. Wie er vor der Presse in Straßburg erklärte, steht seine Fraktion allen gleichgesinnten Europa-Abgeordneten aus den übrigen fünf EWG-Staaten offen. Vendroux hofft offenbar auf einen Beitritt der beiden italienischen Neo-Faschisten. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und seiner Fraktionen ist jedoch kaum mit einem Übertritt zu den Gaullisten zu rechnen.

Zutritt unter Drohungen

Um die jetzige Fraktionseigenschaft haben die 15 Gaullisten im Europäischen Parlament zwei Jahre lang erbittert gekämpft. Sie waren seither stets daran gescheitert, daß die Geschäftsordnung mindestens 17 Abgeordnete zur Fraktionsbildung vorgeschrieben hatte. Die drei anderen, klassischen Fraktionen des Europäischen Parlaments, die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Liberalen, hatten alle Versuche der Gaullisten, eine Herabsetzung der Fraktionsmindeststärke von 17 auf 12 durchzusetzen, jedoch immer vereitelt. Daß diese drei Fraktionen jetzt einer Verminderung der zur Bildung einer Fraktion notwendigen Zahl von 17 auf 14 Abgeordneten zustimmten, ist lediglich auf ziemlich erpresserische Methoden der Gaullisten zurückzuführen. Sie hatten nämlich damit gedroht, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der französischen Nationalversammlung am 17. Dezember 1964 die Wahl sozialdemokratischer und anderer nichtgaullistischer Abgeordneter zu vereiteln, sofern man ihre Forderung nach einer Verminderung der Fraktionsmindeststärke im Europäischen Parlament nicht nachkomme. Durch die ausschließliche Wahl von Gaullisten hätten diese ohnehin die Mindestzahl von 17 Parlamentariern erreicht.

Angesichts dieser Situation gaben die drei anderen Fraktionen dem gaullistischen Wunsch auf Revision der Geschäftsordnung nach. Am 20. Januar wurde daher mit den Stimmen aller Fraktionen der unstrittene Artikel 36 der Parlaments-Geschäftsordnung revidiert. Er lautet nunmehr in Ziffer 5: "Die zur Bildung einer Fraktion erforderliche Mindeststärke wird auf 14 Mitglieder festgesetzt."

Die Meinung der Sozialisten

Die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Käthe Strobel, KdF, erklärte dazu, ihre Fraktion stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Fraktionen des Europäischen Parlaments multinationalen Charakter haben sollten. Sie machte auch deutlich, daß die von den Gaullisten angewandten Methoden keinesfalls geillt werden könnten. Die Sozialistische Fraktion hatte sich in den vergangenen Jahren scharf gegen eine Revision der Geschäftsordnung ausgesprochen. Sie vertrat konsequent den Standpunkt, daß nationale Parteifraktionen im Europäischen Parlament nicht zugelassen werden sollten. In den anderen drei Fraktionen sind nämlich Abgeordnete aus allen sechs EWG-Ländern zusammengeschlossen. Diese Tatsache hat sehr stark zum supranationalen Charakter des Europäischen Parlaments beigetragen.

Italienische und französische Kommunisten vor der Tür?

Die Revision der Geschäftsordnung des Europaparlaments kann aber noch eine andere negative Konsequenz nach sich ziehen. Es scheint nunmehr nämlich festzustehen, daß in nicht allzu ferner Zukunft die italienischen Kommunisten als erste Kommunisten der EWG im Europäischen Parlament vertreten sein werden. Eine entsprechende Vereinbarung ist nach Informationen aus Rom vor kurzen unter den italienischen Parteien getroffen worden. Außerdem werden auch die italienischen Menni-Sozialisten erstmals in Straßburg vertreten sein. Denn die italienische Kommer hat ihre Delegation im Europäischen Parlament noch immer nicht angepasst. Dadurch sind die Christdemokraten in Straßburg mit etwa 12 Abgeordneten zuviel vertreten. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß die italienischen Kommunisten im Europaparlament eine Fraktion bilden können, dies würde aber dann ermöglicht, wenn eines Tages auch die französischen Kommunisten in Straßburg zugelassen werden sollten.

+ + +

Westhandel mit der Zone vor der Beratenden Versammlung des Europa-Rates

"Schwächung des innerdeutschen Interzonenhandels"

sp - Leider fast ohne Echo ist eine interessante Debatte in der Beratenden Versammlung des Europa-Rates in Straßburg über die Bedeutung der Handelsbeziehungen westlicher Firmen mit Pankow geblieben. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Ausweitung der Handelsbeziehungen westlicher Firmen mit der Zone zu einer Schwächung des innerdeutschen Interzonenhandels führen werde.

Damit wird die in diesem Pressedienst im Dezember 1964 veröffentlichte Artikelserie zu diesem Problemkreis in vollem Umfang gerechtfertigt. Die Bundesregierung hatte seinerzeit diese Erörterungen mit einem gewissen Mißbehagen quittiert und zunächst sogar behauptet, sie sei von Meldungen über die Ausweitung des Handels westlicher Firmen mit Pankow "überrascht".

Es ist zu hoffen, daß nunmehr auch auf internationaler Ebene ernsthaft darüber beraten wird, wie das Durcheinander des Handelsverkehrs westlicher Firmen mit Pankow beseitigt werden kann, damit die SBZ nicht in der Lage ist, einen westlichen Handelspartner gegen den anderen auszuspielen.

+ + +

28. Januar 1965

Ein-Partei-Regime auch in Gambia - früher Nordrhodesien ?

Scheinbar unaufhaltsame Entwicklung

Von Dr. Horst Heidermann, z.Z. Lusaka

Als vor einigen Tagen das Parlament in Lusaka eröffnet wurde, sah sich der oppositionelle Abgeordnete John Japau plötzlich einem Eier-Bombardement aus der wartenden Menge ausgesetzt. Dem Satyrspiel sollte der Ernst bald folgen: Das Parlament Zambias, des früheren Nordrhodesien, setzt sich z.Z. aus drei Parteien zusammen. Die Mehrheit besitzt die United National Independence Party, die Regierungspartei Dr. Kenneth Kaundas, mit 55 Abgeordneten. Ihr stehen 10 Abgeordnete der europäischen Minderheit (National Progress Party) und 10 Abgeordnete des African National Congress unter Führung von Harry Nkumbula gegenüber. Spätestens bei der nächsten Parlamentswahl werden die Vertreter der europäischen Minderheit die ihnen diesmal noch reservierten Sitze verlieren. Der African National Congress aber, die alte Unabhängigkeitspartei Zambias, aus der die Partei Kaundas durch Spaltung hervorging, scheint im Süden des Landes immer noch eine feste Position zu haben.

Seit längerer Zeit schon wurde aus den unteren Rängen der UNIP der Ruf nach dem Ein-Partei-Staat laut. Leserbriefe pro und contra füllten die Zeitungen. So wunderte es eigentlich niemanden, als Innenminister Matias Chona schon am zweiten Tag der Parlamentssession die oppositionelle ANP aufforderte, sich mit der UNIP zu vereinigen. Die Gefahr bestehe, daß die Imperialisten ihre alte Taktik "teile und herrsche" mit Erfolg weiterverfolgten. Man müsse die Reihen enger schließen. * Andere Minister griffen in die Debatte ein. Die ANP wurde des Tribalismus beschuldigt, sie sei keine echte politische Partei, sondern bestehe nur Dank der Gefolgschaftstreue der Stammesbrüder von Harry Nkumbula; ein Argument, das sicher stichhaltiger ist als allgemeine Anti-Imperialismus-Parasen. Dr. Kaunda äußerte sich zunächst nicht. Noch 1964 hatte er sich für eine politische, d.h. nicht-tribale, religiöse oder rassische Opposition ausgesprochen. Damals fügte er hinzu: "Eine überwältigende Mehrheit bei irgendeiner Wahl ist kein Mandat, die Bildung einer Opposition durch Gesetz zu verhindern."

Jetzt sprach Dr. Kaunda auf einer Massenversammlung ebenfalls für das Ein-Partei-Regime; allerdings ohne Zwang.

Der Trend zur nationalen Einheitspartei in Afrika scheint also unaufhaltsam zu sein. Man wird ihn in die allgemeine Entwicklungsproblematik dieser Länder einordnen müssen. So wie in vielen neuen Staaten mit der Unabhängigkeit und dem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität der Kolonialmächte ein wirtschaftlicher Rückgang verbunden war, scheint ein politischer Rückschritt weg von den importierten Formen europäischer Demokratie unabwendbar. Es mag sein, daß die neuen Formen den tatsächlichen sozialen Gegebenheiten angemessener sind. Wenn das zutrifft, ist es nur ein weiteres Zeichen dafür, wie lang und schwer der Weg der afrikanischen Staaten in eine bessere Zukunft noch sein wird. Ob sich dann im Laufe dieses Weges aus den sich jetzt formierenden Ein-Partei-Systemen neue freiheitliche Regierungsformen entwickeln werden, ist eine Frage, die heute niemand zu beantworten vermag.